

Antrag

der Abgeordneten Steffen Kotré, Matthias Moosdorf, Joachim Wundrak, Tino Chrupalla, Dr. Alexander Gauland, Markus Frohnmaier, Stefan Keuter, Eugen Schmidt, René Springer, Marc Bernhard, René Bochmann, Thomas Dietz, Dietmar Friedhoff, Karsten Hilse, Dr. Malte Kaufmann, Jörn König, Bernd Schattner, Jan Wenzel Schmidt und der Fraktion der AfD

Regionalen Flächenbrand im Südkaukasus verhindern – Territoriale Integrität Armeniens schützen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Am 20. September 2023 kapitulierten die christlichen Armenier in Berg-Karabach nach neun Monaten Blockade und einer Militäroffensive durch Aserbaidschan. Aserbaidschan nahm das überwiegend von ethnischen Armeniern bewohnte Gebiet militärisch ein. Die Regierung von Berg-Karabach kündigte die Selbstauflösung ihrer Republik zum 1.1.2024 an. Fast alle der etwa 120000 Armenier sind mittlerweile aus Berg-Karabach geflohen, größtenteils nach Armenien. Aserbaidschan hat über ein Dutzend Führungskräfte gefangen genommen (www.politico.com/news/2023/10/13/blinken-warned-lawmakers-azerbaijan-may-invade-armenia-in-coming-weeks-00121500), darunter den ehemaligen Präsidenten Arayik Hartjunjan (www.presseportal.de/pm/29402/5639566).

Armenischen und aserbaidshanischen Medienberichten zufolge hat Aserbaidschan eine Festnahmeliste von 300 Berg-Karabach-Armeniern von Angehörigen der Regierung, der Streitkräfte sowie des Parlamentes erstellt. Auch Kinder sollen bereits verschleppt worden sein. Die Gesellschaft für bedrohte Völker äußerte sich besorgt um die Sicherheit der Festgenommenen (www.gfbv.de/de/news/festnahmeliste-in-arzach-bergkarabach-11142/).

Die Blockade des Latschin-Korridors sowie der Einmarsch standen im Widerspruch zu der am 9.11.2020 geschlossenen Waffenstillstandsvereinbarung, die von Russland vermittelt wurde. Weder die Europäische Beobachtungsmission in Armenien (EUMA) noch die Präsenz russischer Truppen in der Region konnten das Vorgehen Aserbaidschans verhindern.

Während Aserbaidschan von einem „Anti-Terror-Einsatz“ spricht, wirft Armenien Aserbaidschan vor dem Internationalen Gerichtshof „ethnische Säuberung“ in Berg-Karabach vor (www.tagesspiegel.de/internationales/konflikt-um-bergkarabach-armenien-wirft-aserbaidschan-vor-igh-ethnische-sauberung-vor-10614637.html). Auch das EU-Parlament warf Aserbaidschan mit einer deutlichen Mehrheit in einer nicht bindenden Resolution vom 5.10.2023 „ethnische Säuberung“ der armenischen Bevölkerung in Berg-Karabach vor und hat Sanktionen gegen die Regierung Aserbaidschans

gefordert (www.zeit.de/politik/ausland/2023-10/armenien-eu-gipfel-aserbaidshilfen).

Aserbaidshen wird im jüngsten Korruptionswahrnehmungsindex auf Rang 157 von 180 geführt (www.transparency.de/cpi/cpi-2022/cpi-2022-tabellarische-rangliste), Freedom House führt das Land mit 9 von 100 möglichen Punkten als „nicht frei“.

Der UNHCR hat am 7.10.2023 gemeinsam mit anderen UN-Organisationen und Partnern den „Armenia Emergency Response Plan“ erstellt, der einen Umfang von 97 Millionen US-Dollar haben soll (www.unhcr.org/news/press-releases/un-and-partners-appeal-us-97-million-respond-urgent-needs-refugees-and-their).

Über die gegenwärtige humanitäre Lage hinaus droht eine weitere Eskalation zwischen Aserbaidshen und Armenien. Gerade der gegenwärtige Schatten des Nahostkonfliktes und des Ukrainekrieges schränkt eine wirksame Abschreckung gegenüber einer aserbaidshenischen Aggression gegen Armenien ein.

So war nicht nur Berg-Karabach das Ziel Aserbaidshens. Vielmehr wurde durch den aserbaidshenischen Präsidenten Alijew in mehreren Reden deutlich gemacht, dass er die territoriale Integrität Armeniens nicht anerkenne. Stattdessen bezeichnete er das Land als „West-Aserbaidshen“ (www.nzz.ch/international/machtpoker-i-kaukasus-armenien-fuerchtet-einen-militaerischen-ueberfall-ld.1732898). Armenien sei „nicht einmal eine Kolonie“ und sei „nicht einmal würdig, ein Diener zu sein“ (www.tichys-einblick.de/daili-es-sentials/genozid-berg-karabch-moral-mangelware/).

Insbesondere geht es um den Sangesur-Korridor, der die aserbaidshenische Exklave Nachitschewan direkt mit Aserbaidshen verbinden soll. Aliyev hat angekündigt, den Korridor einzurichten, ob die Armenier dies wollen oder nicht (www.politico.com/news/2023/10/13/blinken-warned-lawmakers-azerbaijan-may-invade-armenia-in-coming-weeks-00121500).

Eine alternative Route über den Iran wäre möglich. Auch aus Baku kommen positive Signale in dieser Richtung. In Anbetracht der trotz des vorherigen Ausschlusses einer solchen Maßnahme durch den aserbaidshenischen Präsidenten erfolgten militärischen Einnahme Berg-Karabachs, ist das Vertrauen in diese Signale jedoch beschränkt (www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/sanktionen-investitionen-aserbaidshen-100.html).

Das hochgerüstete Aserbaidshen kündigte zudem gemeinsame Militärmanöver mit der Türkei an. Bis zu 3000 Soldaten sollen an diesen Übungen beteiligt sein, die auch in „befreiten Gebieten“ und in der Nähe Armeniens stattfinden sollen (www.tagespiegel.de/internationales/nach-ruckerobertung-bergkarabachs-aserbaidshen-und-tuerkei-planen-militaerubung-nahe-armenien-10669036.html).

Der Kaukasus-Experte der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik Stefan Meister bezeichnete eine militärische Einnahme des Sangesur-Korridors als „nächsten logischen Schritt für Aserbaidshen“ und hält sie für „insgesamt recht wahrscheinlich“. Verhandlungen mit Armenien über einen extraterritorialen Korridor hätten bisher nicht zum von Aserbaidshen gewünschten Ergebnis geführt (www.t-online.de/nachrichten/ausland/internationale-politik/id_100249662/nach-bergkarabach-konflikt-naechster-angriff-auf-armenien-droht.html).

Nach einem Bericht von „Politico“ vom 13.10.2023 sieht US-Außenminister Antony Blinken die Möglichkeit einer aserbaidshenischen Invasion Südarmeniens (www.politico.com/news/2023/10/13/blinken-warned-lawmakers-azerbaijan-may-invade-armenia-in-coming-weeks-00121500).

Neben dem Zugang zu den Gas- und Ölvorkommen im Kaukasus spielen auch andere Bodenschätze wie Gold sowie der Zugang zum Sewansee eine Rolle (www.swp.de/politik/an-der-grenze-zu-aserbaidshen-armenisches-dschermuk-fuerchtet-neuen-militaerschlag-72140945.html).

Die Türkei strebt zudem nach einer Verbindung zwischen der Türkei mit dem Kaspischen Meer und den Staaten Zentralasiens, was ihren Vorstellungen einer „Türkischen Welt“ (Turan) entspricht. Bei einer militärischen Auseinandersetzung zwischen Armenien und Aserbaidschan droht ein regionaler Konflikt mit Einbezug Russlands, der Türkei und des Iran. Es ist im deutschen Interesse, deeskalierend darauf hinzuwirken, dass es nicht dazu kommt.

Die Stabilität in der Region ist durch weitere politische Verschiebungen gefährdet. So ist das Vertrauen zwischen der armenischen Regierung und der bisherigen Schutzmacht Russland stark geschwächt. Armenien hatte sich zunehmend dem Westen zugeeignet. So führte Armenien kurz vor dem aserbaidischen Angriff auf Berg-Karabach noch eine gemeinsame Militärübung mit den USA durch. Der armenische Präsident Paschinjan bezeichnete es gar als „strategischen Fehler“, sich eng an Russland zu binden (www.t-online.de/nachrichten/ausland/internationale-politik/id_100237992/-bergkarabach-konflikt-eskaliert-naechster-krieg-koennte-nur-tage-entfernt-sein.html).

Aus russischer Perspektive wird diese Entwicklung mit Sorge betrachtet. So erläuterte ein ungenannter russischer Regierungsbeamter im Gespräch mit der staatlichen Nachrichtenagentur TASS, dass die armenische Führung versuche, Armenien in eine neue Ukraine zu verwandeln und dass Paschinjan mit großen Schritten dem Weg von Wolodymyr Selenskyj folge (www.fr.de/politik/droht-russland-der-rauswurf-armenien-putins-bergkarabach-konflikt-aserbaidschan-92639222.html).

Der armenische Präsident Paschinjan hat am 17.10.23 im EU-Parlament ein Friedensabkommen bis Ende des Jahres in Aussicht gestellt (www.tagesschau.de/ausland/europa/armenien-aserbaidschan-118.html). Auch der aserbaidische Präsident Alijew sagte, dass bis Ende des Jahres ein Friedensabkommen unterzeichnet werden könnte (www.fr.de/politik/droht-russland-der-rauswurf-armenien-putins-bergkarabach-konflikt-aserbaidschan-92639222.html).

Ein für den 5. Oktober 2023 geplantes Treffen zur Situation in Berg-Karabach von Premierminister Paschinjan und Präsident Alijew im Beisein des EU-Ratspräsidenten Michel, Frankreichs Präsident Macron und Bundeskanzler Scholz wurde jedoch seitens Alijew kurzfristig abgesagt.

Das Vertrauen in eine friedliche Lösung ist jedoch durch Brüche bisheriger Vereinbarungen belastet: Im Februar 2023 trat der damalige Regierungschef der Region Berg-Karabach zurück, und beugte sich damit einem entsprechendem Ultimatum Aserbaidschans, das ein Ende der Blockade versprochen hatte (www.tichyseinblick.de/daily-essentials/genozid-berg-karabach-moral-mangelware/). Die Blockade wurde jedoch nicht nur aufrechterhalten, sondern seitdem weiter verstärkt.

Im September 2022 griff Aserbaidschan Armenien völkerrechtswidrig an und besetzte armenisches Kernland. Im November erfolgte ein weiterer völkerrechtswidriger Angriff mit weiterer Gebietsbesetzung.

Das autokratische Aserbaidschan versucht offenkundig, die durch den Ukraine-Krieg bedingte Schwächung der traditionellen Schutzmacht Russland (www.tagesschau.de/ausland/europa/russland-ovks-kaukasus-tuerkei-101.html, <https://jungefreiheit.de/politik/ausland/2022/armenien-kein-rueckzug/>) auszunutzen, um armenisches Territorium auch langfristig zu besetzen. Aserbaidschans Rhetorik ist von Aggressivität und Missachtung der territorialen Integrität armenischen Kernlandes geprägt. So bezeichnete Präsident Alijew große Teile Armeniens, unter anderen die armenische Hauptstadt Jerewan, als historisches, aserbaidisches Land, in das die Aserbaidschaner zurückkehren müssten (<https://eurasianet.org/azerbaijan-president-calls-for-return-to-historic-lands-in-armenia>).

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. Armenien bei der Bewältigung der durch die Aufnahme der Bewohner Berg-Karabachs verursachten Krise humanitäre Unterstützung zu leisten;
 2. das Internationale Komitee des Roten Kreuzes (IKRK) aufzufordern, sich um einen freien Zugang zu den Gefangenen zu bemühen und das IKRK bei diesen Bemühungen zu unterstützen;
 3. sich mit Nachdruck für die Freilassung der von Aserbaidschan widerrechtlich verhafteten Einwohner Berg-Karabachs sowie von Kriegsgefangenen einzusetzen;
 4. sich für den Erhalt der bedrohten christlich-armenischen Kulturgüter in dem von Aserbaidschan eroberten Gebiet einzusetzen;
 5. sich für eine internationale strafrechtliche Aufarbeitung des Vorgehens Aserbaidschans einzusetzen;
 6. sich für die Entsendung von UNO-Friedenstruppen entlang der armenisch-aserbaidschanischen Grenze einzusetzen;
 7. Druck auf Aserbaidschan auszuüben, nicht ins armenische Kernland einzufallen, wie Aserbaidschan es in aggressiven Äußerungen andeutet, sowie
 8. bei den Bemühungen um ein Friedensabkommen mit allen regionalen Akteuren zusammenzuarbeiten.

Berlin, den 14. November 2024

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion